



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Willms

Telefon: (0221) 221-21600

Fax: (0221)

E-Mail: jennifer.willms@stadt-koeln.de

Datum: 16.01.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 25.11.2019, 15:10 Uhr bis 18:06 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD- Fraktion
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke

Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
Herr Michael Frenzel	SPD Vertreter für Frau Halberstadt-Kausch

Verwaltung

Herr Robert Voigtsberger	Dezernat Bildung, Jugend und Sport
--------------------------	------------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakcioglu	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Malika Jakobs-Neumeier	auf Vorschlag der SPD
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Mehmet Cambaz	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Die Verwaltung schlägt vor, die Mitteilung unter TOP 2.1.1, die Anfragen unter TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2, den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu TOP 4.7, sowie die Mitteilungen unter TOP 5.12 bis 5.15 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, schlägt vor, den TOP 2.1 mit der dazugehörigen Mitteilung unter TOP 2.1.1 in die Bezirksvertretung Porz und den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen mit erneuter Wiedervorlage.

Herr Thelen, Fraktion Die Grünen, meldet Beratungsbedarf zum TOP 4.6 für seine Fraktion an und bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung zu schieben.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, zieht den kurzfristig eingebrachten Änderungsantrag zu TOP 4.7 zurück und wird diesen als separaten Antrag zur nächsten Sitzung einbringen.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers
3727/2019

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3
4035/2019

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern!
AN/1142/2019

2.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln- Porz-
Elsdorf - Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! (AN/1142/2019)
3964/2019

2.2 KGS Zehnthofstraße | Ostheim
AN/1546/2019

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Rückzug aller Kölner Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion
AN/1064/2019

3.1.1.1 Anfrage AN/1064/2019 Rückzug der Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion
2952/2019

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Überlassung von mobilen Endgeräten für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler
AN/1569/2019

3.2.2 Trinkwasserbrunnen in Kölner Schulen- dat Wasser vun Kölle is jot!
AN/1584/2019

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
2887/2019

4.1.1 Ergänzungsantrag zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt
AN/1496/2019

4.2 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432, 51443 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW
3024/2019

4.3 200. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, in Köln-Weidenpesch
Arbeitstitel: Südliche Schmiedegasse
hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Beschluss über die Vorgaben zur 200. Flächennutzungsplan-Änderung und Erweiterung des Änderungsbereiches
3597/2019

4.4 Weiterentwicklung des Programms "Lebenswerte Veedel"
3120/2019

- 4.5 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten"
3437/2019
- 4.6 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld
hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“
3588/2019
- 4.7 Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste
2905/2019
- 4.7.1 Änderungsantrag zu TOP 4.7., Vorlage „Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste“, DS-Nr. 2905/2019
AN/1626/2019

5 Mitteilungen

- 5.1 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
3581/2019
- 5.2 Sprach-und IntegrationsmittlerInnenpool für die Stadt Köln
3454/2019
- 5.3 Prüfauftrag zur Modifizierung des Anmeldeverfahrens an Grundschulen mit dem Siegel Europaschule (AN/1343/2019)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung vom 07.10.2019, TOP 2.2
3526/2019
- 5.4 Innovative Bildungsangebote der VHS zur Digitalisierung
3683/2019
- 5.5 VHS als Dienstleister für die Stadtverwaltung: Aktive Mittagspausen sowie Auftragsschulungen für die Personalentwicklung
3697/2019
- 5.6 Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln zum Thema Loverboy (AN/1093/2019)
3501/2019
- 5.7 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates Entwicklung des Siemens-Geländes an der Franz-Geuer-Straße
3793/2019
- 5.8 Veröffentlichung der Handreichungen
„Beschulung im Seiteneinstieg im Primar- und Sek I-Bereich – Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“ und
„Beschulung im Seiteneinstieg in der Sekundarstufe II, Berufskolleg – Eine

Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“
3635/2019

- 5.9 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2019/2020
3354/2019
- 5.10 Erfolgreiches VHS-Projekt „Stadtteilletern Köln“ zur Integration in den Arbeitsmarkt
3786/2019
- 5.11 Beratung für Familien zum Bildungsangebot in Kita und OGTS insbesondere in den Kölner Sozialräumen
3025/2019
- 5.12 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des DigitalPakt NRW in Köln
3923/2019
- 5.13 Partizipation von Kinder und Jugendlichen stärken - Arbeit der Bezirksschüler*innenvertretung und der Schüler*innenvertretungen sicherstellen hier: Antrag gem. § 3 GO des Rates (AN/0040/2017) der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke sowie FDP-Fraktion
2159/2019
- 5.14 Ratsbeschluss "Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden" (TOP 3.1.4 der 49. Sitzung des Rates am 21.05.2019)
3363/2019
- 5.15 Anmelde- und Aufnahmeverfahren in die weiterführende Schule der Sekundarstufe I (Sek I) zum Schuljahr 2020/2021
3797/2019

6 Anfragen

- 6.1 Schulleiterbesetzungsverfahren - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion
- 6.2 Touch Panels in sanierten Gebäuden - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion
- 6.3 Umgang mit Mehrklassen im Verwaltungsbereich - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion
- 6.4 Anlaufstelle Antisemitismus - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion
- 6.5 Mehrklassenbildung GGS Braunsfeld - Mündliche Anfrage von Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke
- 6.6 Küchencontainer der Ursula-Kuhr-Hauptschule - Mündliche Anfrage von Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen
- 6.7 Brandbrief des Montessori Gymnasiums - Mündliche Anfrage von Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

Bestellung eines Schriftführers 3727/2019

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für seine Sitzung am 25.11.2019 Frau Jennifer Willms zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 4035/2019

Frau Kessing, Fraktion Die Grünen, merkt an, dass das Schulgebäude der Carl-von-Ossietzky Gesamtschule in der Ossietzkystraße fertiggestellt sei, die Turnhalle jedoch noch nicht. Sie fragt, ob sichergestellt ist, dass diese bis zum neuen Schuljahr 2020/2021 fertig ist.

Frau Kißmann teilt mit, dass dies der Plan ist, jedoch könne Sie derzeit noch keine feste Zusage machen.

Herr Thelen, Fraktion Die Grünen, teilt mit, dass er gehört habe, dass eine Einweihungsfeier für das neue Schulgebäude in der Ossietzkystraße für den 08. Januar 2020 vorgesehen sei. Weiterhin wünscht er sich eine Feier mit Konzert zur Eröffnung des Kammermusiksaals des Humboldtgyrnasiums im Kartäuserwall.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, teilt mit, dass eine interne Einweihung des Kammermusiksaales stattgefunden habe, jedoch noch kein offizieller Einweihungstermin bekannt sei.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, fragt zum Dreikönigsgymnasium in der Escher Straße, ob der Umzug ins Interim bereits vorgenommen wurde, bzw. wann dies stattfinden solle.

Frau Kißmann teilt mit, dass das Interim erst gebaut werden müsse. Sobald dies fertiggestellt ist, erfolge der Umzug und die Baumaßnahmen im Bestand können beginnen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! AN/1142/2019

Der Antrag wird mit der entsprechenden Mitteilung 3964/2019 in die Bezirksvertretung Porz sowie den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen mit erneuter Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf - Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! (AN/1142/2019) 3964/2019

Die Mitteilung wird in die Bezirksvertretung Porz und den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen mit erneuter Wiedervorlage.

2.2 KGS Zehnthofstraße | Ostheim AN/1546/2019

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert den Antrag. Aufgrund einer Renovierung an der Grundschule Zehnthofstraße sei ein Interim geschaffen worden, was bedeutet, dass der Schulleiter in einem OGS Zimmer sitze und ein Großteil der Schüler mit einem Busverkehr zu dem Standort in der Vietorstraße gefahren würden. Die Situation sei sehr unbefriedigend, aber übergangsweise machbar gewesen. Mittlerweile sei bekannt geworden, dass das Gebäude nicht zu retten ist und es neu gebaut werden müsse. In der Bezirksvertretung Kalk wurde angeregt, den Bus zu begleiten und die Verwaltung habe die Suche nach Lösungen zugesagt. Dies sei nach Ansicht von Frau Ruffen jedoch nicht nachdrücklich genug, so dass dieser Antrag die Wichtigkeit nach einer Lösungsfindung für diese Grundschule unterstreichen müsse.

Herr Gräbener teilt die Sorge von Frau Ruffen. Auch die Gebäudewirtschaft und das Amt für Schulentwicklung seien von den Prüfergebnissen bei der Sanierung überrascht gewesen. Eine Auslagerung sei aufgrund der geringer erwarteten Schäden nicht vorgesehen gewesen. Derzeit gebe es keine geeignete Ausweichfläche. Es werde jedoch weiter geprüft, auf dem Schulgrundstück selbst eine Übergangslösung zu schaffen. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass die zukünftige Baumaßnahme durch ein Interim nicht behindert wird.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich auf einen modifizierten Beschlusstext.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, *mittelfristig* eine Alternative zum Interim der Grundschule Zehnthofstraße in der Vietorstraße zu finden. Denkbar ist z. B. eine Containerlösung auf dem Schulhof der GGS oder der KGS.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Rückzug aller Kölner Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion AN/1064/2019

Antwort der Verwaltung liegt vor.

3.1.1.1 Anfrage AN/1064/2019 Rückzug der Gymnasien aus der zieldifferenzierten Inklusion 2952/2019

Herr Thelen, Bündnis 90 Die Grünen, merkt an, dass ihm die Antwort der Verwaltung widersprüchlich erscheint. Zu Punkt 2 sei beschrieben, dass es keine Unterschiede zum Raum und Stellenzuweisung gebe, andererseits werde benannt, dass es mehr Lehrer gebe bei zieldifferenter Inklusion. Zu Punkt 3 sei benannt, dass keine zusätzlichen Bauten umgesetzt worden seien, jedoch sehe er in der Formulierung, dass an Gymnasien weiterhin Kinder mit zielgleichen Förderbedarf beschult werden. Im Grunde bedeute dies, dass die Gymnasien weniger Förderkinder aufnehmen, wenn sie nur Kinder mit zielgleicher Förderung annehmen.

Herr Voigtsberger teilt mit, dass in Bestandsbauten der städtischen Gymnasien keine zusätzlichen Räume für die Inklusion geschaffen wurden. Bei Neu- und Erweiterungsbauten werde dies – wie für alle Schulformen - natürlich eingeplant.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, merkt an, dass der Neubau des Gymnasiums Zusestraße im Stadtbezirk Lindenthal das erste neugebaute Gymnasium seit 38 Jahren sei. Dies bedeute, dass bei dem zuletzt, vor mehr als 38 Jahren, gebauten Gymnasium Inklusion noch kein Thema gewesen sei. Sie möchte wissen, welches Gymnasium noch Platz habe, Räume für Inklusion zur Verfügung zu stellen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, teilt mir, dass der Kölner Stadtanzeiger am 02.04.2019 berichtet habe, dass das Albertus-Magnus-Gymnasium einen Erweiterungsbau erhalten habe, der spezielle Räume für gemeinsames Lernen aufweise. Er stellt sich die Frage, ob die Schule bei der Verwaltung im Zuge der Planungen gefordert habe, Inklusionsräume mit einzuplanen und so eine zügigere Umsetzung der Baumaßnahme erfolgt sei.

Herr Gräbener teilt mit, dass es einen solchen Fall nicht gebe. Die Inklusionsflächen (ca. 180qm) seien im Vergleich zu den restlichen Flächen gering. Raumbedarf für Inklusion werde dann berücksichtigt, wenn dieser im Zusammenhang mit einem umfangreichen Erweiterungsbau oder einem Neubau umgesetzt werden kann. Ein gesonderter Anbau nur für Inklusion wäre nicht sinnvoll. Der Raumbedarf sei letztendlich gleich hoch, egal ob eine Schule zieldifferent fördere oder nicht.

Die Anfrage nebst der Beantwortung wird in die nächste Sitzung geschoben.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Überlassung von mobilen Endgeräten für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler AN/1569/2019

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

3.2.2 Trinkwasserbrunnen in Kölner Schulen- dat Wasser vun Kölle is jot! AN/1584/2019

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt 2887/2019

Beschluss:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.1.1 Ergänzungsantrag zur Vorlage 2887/2019, Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterentwicklung der wachsenden Stadt AN/1496/2019

Beschluss:

Ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432, 51443 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW 3024/2019

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der GGS Hauptstraße 432, 51143 Köln-Porz gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) ab dem Schuljahr 2020/21 von 3 auf 4 Züge zu erweitern.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 SchulG zur Genehmigung der Zügigkeitserweiterung zu stellen.
3. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.3 200. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, in Köln-Weidenpesch
Arbeitstitel: Südliche Schmiedegasse
hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Beschluss über die Vorgaben zur 200. Flächennutzungsplan-Änderung und Erweiterung des Änderungsbereiches
3597/2019

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, ist erfreut, dass das Gelände für Schullnutzung gesichert werde. Er fragt nach, wann das Bebauungsplanverfahren beginnen werde.

Herr Pfeuffer teilt mit, dass es sich hier um eine Frage an die Stadtplaner handele. Er sagt zu, mit ihnen ins Gespräch zu gehen und die Antwort nachzuliefern.

Herr Thelen merkt an, dass seine Frage der Beschleunigung dienen solle.

Antwort zur Niederschrift:

Das Bebauungsplanverfahren „Südliche Schmiedegasse“ soll inklusive der parallel erfolgenden Flächennutzungsplanänderung bis Ende 2021 abgeschlossen werden. Im weiteren Verfahren sind hierfür notwendige Gutachten einzuholen. Das Projekt wird in der aktuellen Fortschreibung der Priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste (siehe Vorlagennummer 2905/2019) unter Priorität A geführt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beauftragt die Verwaltung, die Planung zur 200. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) auf Grundlage des Planungskonzeptes fortzuführen (siehe Anlage 3b). Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Anlage 5) und die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Anlage 4) sind dabei zu berücksichtigen.
2. beschließt die Anpassung des Änderungsbereiches (Anlage 1b) gegenüber dem Änderungsbereich zum Einleitungsbeschluss vom 13.12.2018 (Anlage 1a)
3. verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Ausschuss Schule und Weiterbildung und die Bezirksvertretung 5 (Nippes) ohne Einschränkungen zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.4 Weiterentwicklung des Programms "Lebenswerte Veedel" 3120/2019

Beschluss:

Vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2020/2021 (inkl. des Veränderungsnachweises des Finanzausschusses vom 11.10.2019 gem. AN/1372/2019) beschließt der Rat die Ausweitung des Programms „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ mit folgenden konzeptionellen und organisatorischen Eckpunkten:

1. Die Zielsetzung des Programms wird um die kursiv gesetzten Formulierungen ergänzt und lautet wie folgt:
„Ziel des Programms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ ist die Verbesserung der Lebensbedingungen **und Teilhabechancen** der Bewohner/innen in Sozialraumgebieten durch eine stärkere Bewohner- und Sozialraumorientierung aller relevanten Fachämter, **Behörden**, Träger und Einrichtungen.“
2. Auf der Grundlage der Analyse werden wie in den Anlagen dargestellt
 - a. folgende Sozialraumgebiete geändert:
 - Das Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg/Kalk wird geteilt in das Sozialraumgebiet Humboldt/Gremberg und das Sozialraumgebiet Kalk (vgl. Anlage S. 32).
 - Das Sozialraumgebiet Mülheim-Nord/Keupstraße wird vergrößert um Teilräume in westlicher Rheinlage und südlicher Lage (vgl. Anlage S. 36).
 - Das Sozialraumgebiet Buchheim/Buchforst wird geteilt in das Sozialraumgebiet Buchforst/Mülheim und das Sozialraumgebiet Buchheim/Holweide. Zudem werden die neuen Gebiete jeweils um angrenzende Gebiete erweitert (vgl. Anlage S. 39).
 - b. folgende Sozialraumgebiete zusätzlich neu eingerichtet:
 - Im Bezirk Mülheim wird das Sozialraumgebiet Höhenhaus/Dünwald eingerichtet (vgl. Anlage S. 43).
 - Im Bezirk Porz wird das Sozialraumgebiet Porz Mitte/Urbach eingerichtet (vgl. Anlage S. 23).
3. Das folgende Sozialraumgebiet wird umbenannt:
Das Sozialraumgebiet Bickendorf/Westend/Ossendorf wird umbenannt in Bickendorf/Ossendorf.
4. Zur Umsetzung der Sozialraumkoordination in den neu identifizierten bzw. veränderten Gebieten werden freie Träger der Wohlfahrtspflege gemäß den derzeit gültigen Bedingungen gefördert (s. Anlage 3). Die Verwaltung schlägt hierzu dem politischen Steuerungsgremium des Programms freie Träger zur Umsetzung der Sozialraumkoordination in den neu benannten Gebieten zur Förderung vor.
Zur Umsetzung von Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung bzw. zur Aktivierung insbesondere in den neuen Sozialraumgebieten, schlägt die Geschäftsstelle in Abstimmung mit den Bürgeramtsleitungen dem politischen Steuerungsgremium des Programms spezielle Maßnahmen vor. Für diese Maßnahmen stehen pro Jahr maximal 77.500 Euro zur Verfügung.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur Umsetzung der oben angeführten Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel innerhalb des Teilplans 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity bedarfsgerecht umzuschichten.
6. Die Ergebnisse und Wirkungen des Programms werden regelmäßig begleitend, spätestens alle fünf Jahre evaluiert. In diesem Rahmen sollten auch die Gebietszuschnitte sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen und deren Einteilung überprüft und im Bedarfsfall angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.5 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten" 3437/2019

Herr Vorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, erwähnt lobend, dass es eine Vorbereitende Veranstaltung von der Verwaltung für die Politik gegeben habe, durch die man einen guten Eindruck bekommen habe.

Herr Phillippi, SPD-Fraktion, lobt das gute Projekt. Er sei beeindruckt über die Einbindung der Eltern. Ihm sei wichtig, dass die Federführung beim Dezernat für Bildung, Jugend und Sport liege.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, fragt nach, wo die Kulturpartie vertreten sei. Er bitte Herrn Voigtsberger, mit dem Bereich Kultur und Sport Gespräche zu führen. Dies sei wichtig für Kinder die man erreichen wolle und müsse.

Herr Voigtsberger findet die Anregung sehr gut. Im Rahmen des Projekts Kommunale Präventionsketten gebe es auch einen Steuerungskreis, der sich dezernats- und ämterübergreifend zusammensetze. Hier werde man sehr gerne zukünftig die Kunst- und Kulturpartie mit einladen. Insgesamt gehe es darum, dass man viele Angebote habe, die in unterschiedlichen Ämtern und Fachbereichen, sowohl Schule, als auch Kita, als auch Sport, als außerschulischen Bildungsort betreffen. Hierzu zähle ebenfalls die Kunst und Kultur. Angebote müssten vor Ort angeschaut, gebündelt und überlegt werden, wie Angebote aus der Perspektive des Kindes besser abgestimmt werden können. Dafür habe man einige Vorschläge innerhalb der Vorlage gemacht. Als Beispiel sei die Familiengrundschule zu nennen. Ebenfalls seien die Modellgrundschulen zu nennen, bei denen mit der Schulaufsicht und anderen Akteuren beraten werde, wie multiprofessionelle Zusammenarbeit in Grundschulen besser gelingen könne. Im Übrigen sei er am letzten Samstag bei der Jahrestagung der Landeselternschaft der integrierten Schulen gewesen, bei dem auch Staatssekretär Mathias Richter zugegen gewesen war. Hier sei diskutiert worden, dass sich Modellschulen anbieten könnten, um auf Landesebene in eine Diskussion einzusteigen, wie man ein einheitliches pädagogisches Gesamtkonzept zu Inklusion liefern könne.

Herr Pfeuffer stimmt Herrn Kockerbeck zu, dass sich die Ressourcenfrage stelle. Es gebe bereits entsprechende Hinweise des Landes im Rahmen kommunaler Präventionsketten, auch Fördermittel zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt das Leitbild und die Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern!“. Sie dienen der Verständigung innerhalb der Verwaltung über die notwendigen Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligungslagen junger Menschen und ihrer Familien in Köln und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf der Praxisebene.
- (2) nimmt die Ergebnisse des im Rahmen des „Monitoring Stadtentwicklung“ etablierten Präventionsmonitorings (Kapitel 4.1.) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Indikatoren gestützte Analyseinstrument zur Beobachtung von Präventions- und Interventionsbedarfen als Frühwarnsystem auf sozialräumlicher Ebene weiter zu entwickeln.
- (3) beauftragt die Verwaltung mit der Weiterentwicklung der Präventionskette gegen Kinder, Jugend-, Familienarmut in Köln, beschließt die vorgeschlagenen Maß-

nahmen auf der Strukturebene (Kapitel 6.2.) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.

- (4) beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Maßnahme „modellhafte Umsetzung einer gesunden Familiengrundschule“ (Kapitel 6.3.) konzeptionell zu entwickeln. Die Maßnahme soll entsprechend der strategischen Ziele der Gesamtstrategie umgesetzt werden. Das Konzept wird nach Erstellung und bei gesicherter Finanzierung dem Rat vorgelegt und zur Umsetzung vorgeschlagen.
- (5) beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien jährlich über den weiteren Umsetzungsstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.6 Entwicklung des neuen Stadtteils Kreuzfeld hier: Beschluss des Leitbildes Kreuzfeld „Ein gutes Stück Köln“ 3588/2019

Herr Philippi bittet darum den Sportausschuss in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zurückgestellt

4.7 Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste 2905/2019

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, lobt die Verwaltung für die übersichtliche und verständliche Darstellung. Er bittet darum am Ende des Jahres eine gesonderte Mitteilung vorzulegen, in der dargestellt wird, was bereits umgesetzt wurde und was im nächsten Jahr ansteht.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass unter Punkt acht und neun als Fertigstellungsdatum 2028 und 2029 angegeben werden und verweist darauf, dass Baumaßnahmen spätestens in fünf Jahren abgeschlossen sein sollen. Weiterhin bittet er darum zur Sortierung der Schulen nach Straßennamen, deren Eigenheiten in der Liste aufzuführen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, teilt mit, dass ihr aufgefallen sei, dass sich teilweise Fertigstellungsdaten nach hinten verschoben haben. Sie möchte wissen, wie diese Verzögerungen entstanden sind.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, lobt die Verwaltung, dass in den nächsten zehn Jahren rund 7.000 neue Gesamtschulplätze geschaffen würden. In der Vergangenheit seien zwei komplett neue Gesamtschulen in Vogelsang und die Heliosschule geschaffen worden. Jedoch seien in den nächsten fünf Jahren keine Änderungen an den Gesamtschulplätzen zu erkennen. Die Priorität läge hier bei Gymnasialplätzen. Er möchte wissen, ob die Maßnahmen mit GL1 und Kategorie A zum Ziel haben, dass die Baumaßnahmen in den nächsten fünf Jahren abgeschlossen seien.

Herr Gräbener weist darauf hin, dass die in der Liste genannte Maßnahmen GI, Generalinstandsetzungsmaßnahmen und nicht GL bedeutet. Die GI Projekte würden keine zusätzlichen Plätze schaffen. Es dient zum Erhalt der bestehenden Schulplätze.

Herrn Philippi, SPD-Fraktion, ist ebenfalls aufgefallen, dass sich bei einigen Projekten der Zeitplan nach hinten verschoben habe. Hier sollten die Schulen frühzeitig informiert werden. Er habe jedoch auch positiv bemerkt, dass einige Projekte höhergestuft worden sind. Ein gutes Beispiel für zügigen Schulbau sei der Neubau der Willi-Brandt-Gesamtschule in Höhenhaus gewesen. Er bittet darum, die Listen in Anlage 1 und 2 zukünftig grafisch unterschiedlich darzustellen, da es in seiner Fraktion zu Irritationen kam.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt an, dass Frau Dr. Klein seinerzeit die Notwendigkeit von mehr Gymnasial- und Gesamtschulplätze angemerkt habe. Ziel müsse es sein, das vorhandene Delta in Kürze abzubauen. Er fragt, ob das Ziel der Oberbürgermeisterin, Schulbaumaßnahmen in 5 Jahren umzusetzen, realistisch sei.

Herr Beigeordneter Voigtsberger macht deutlich, dass es oberstes Ziel sei, die Schulbaumaßnahmen ab dem Planungsbeschluss binnen fünf Jahren abzuwickeln. Dies ist das Ziel und müsse es auch bleiben. Dort wo es Sinn macht müssten Maßnahmen gebündelt werden um diese schneller voran zu bringen. Im ersten Quartal 2020 wird die Verwaltung eine Vorlage vorlegen in der man weitere mögliche Projektarten aufzeigen wird. Die Verbesserungsvorschläge zur tabellarischen Darstellung werde man aufnehmen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, macht deutlich, dass die Maßnahmen aus Sicht der Eltern nicht ausreichend seien. Man brauche keine Listen, sondern Schulen. Er fragt nach, was die Sortierzeile bedeute und warum bei den ersten Neubauten keine Terminangabe gemacht würde.

Herr Gräbener gibt an, dass die Sortierzeile eine rein technische Angabe sei.

Frau Kißmann ergänzt, dass es sich bei den zwei Projekten mit Fertigstellungsdatum 2028 und 2029 um zwei Grundschulen aus dem Bezirk Innenstadt handle. Es muss zuerst ein Interimsstandort fertiggestellt werden. Danach werde die Auslagerung der Schulen nacheinander durchgeführt.

Herr Wirth fragt nach, wann mit den Daten bei der voraussichtlichen Inbetriebnahme zu rechnen sei.

Frau Kißmann antwortet, dass die entsprechenden Daten nur bei den Projekten eingetragen seien, die sich in der Bearbeitung befinden bzw. von der Gebäudewirtschaft personalisiert seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die in Anlage 2 beiliegende Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste (Schulbaumaßnahmenliste 2018 - 3648/2018) zur Kenntnis.

Der Rat stimmt den vorgesehenen Clusterungen der Schulbaumaßnahmen zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herr Kockerbeck (Die Linke)

4.7.1 Änderungsantrag zu TOP 4.7., Vorlage „Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste“, DS-Nr. 2905/2019 AN/1626/2019

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

5 Mitteilungen

5.1 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 3581/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Sprach-und IntegrationsmittlerInnenpool für die Stadt Köln 3454/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Prüfauftrag zur Modifizierung des Anmeldeverfahrens an Grundschulen mit dem Siegel Europaschule (AN/1343/2019) hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Wei- terbildung vom 07.10.2019, TOP 2.2 3526/2019

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, dankt der Verwaltung für die Darstellung der Sachlage. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Situation aus Sicht der Schulen mit einem speziellen Profil unbefriedigend sei. Andererseits sei auch die Vorgabe „Kurze Beine, kurze Wege“ ein wichtiger Punkt, den es nicht zu vernachlässigen gelte.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, fragt nach, ob es eine Broschüre für die Anmeldung an Grundschulen gebe. Dort müsse deutlich gemacht werden, dass an bestimmten Schulen ein spezielles Angebot bestehe. Gegebenenfalls müsse es der Schule ermöglicht werden, durch zusätzliche Klassenbildung ihr bilinguales Projekt möglich zu machen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass Köln von einem vielfältigen Schulangebot lebe. Hier seien ebenfalls Schwerpunkte auf Musik, Sport oder Kultur auch an weiterführenden Schulen zu nennen. Zu dieser Frage müsse es Gespräche mit dem Land geben.

Frau Nägele, SPD-Fraktion, dankt der Verwaltung für die klare Darstellung. Dennoch stelle sich die Frage, wie man den entsprechenden Schulen oder Eltern, die ein solches Angebot wünschen, behilflich sein könne. Diese bilingualen Elemente in Grundschulen seien keine Voraussetzung für die Aufnahme an weiterführenden Schulen. Ebenfalls seien die Angebote nicht vorrangig für Muttersprachler, sondern auch für Neulernende gedacht. Man könne den Schulen nur empfehlen, dass Sie bei ihren Informationsveranstaltungen klare Informationen weiter geben, um für das eigene Profil zu werben.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, teilt mit, dass er den Standpunkt des Schulgesetzes, wohnortnahe Versorgung sicher zu stellen, richtig finde. Der Zielkonflikt mit besonderen Profilen ergebe sich nur durch den Mangel an Grundschulplätzen. Hier würden Verbesserungen in der Raumsituation benötigt. Vielfalt in Schulen müsse in Stadtteilschulen integriert werden.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, bestätigt, dass die Rechtslage klar und handlungsweisend sei. Ob dies zukunftsweisend ist, sei dahingestellt. Vom Gesetzgeber seien Schulen über Jahre aufgefordert worden, ihr Schulprofil zu stärken und besondere Programme aufzulegen. Nun heiße es, wenn man dies tue, könne man dies bei der Anmeldung nicht als Kriterium verwenden. Hier müsse eine Klarstellung erfolgen. Im Interesse einer vielfältigen Gesellschaft müsse es solche Angebote geben, wenn gleich die wohnortnahe Versorgung gewährleistet bleiben müsse.

Frau Gorklo-Blameuser knüpft an die Aussagen von Herr Kockerbeck bezüglich der Kapazitätsfrage an. In der Mitteilung sei der Prüfauftrag aufgegriffen und die rechtliche Situation dargestellt worden. Wenn die Aufnahmekriterien im Sinne der besonderen Angebote verändert würden, habe dies zur Folge, dass wohnortnahe Kinder abgewiesen werden müssten. Bei genügend Kapazitäten würde beides möglich sein. Beispielsweise an der GGS in Braunsfeld gebe es derzeit Gespräche, eine Mehrklasse einzuführen. Es zeichne sich eine Einigung ab.

Frau Zeißig, Schulaufsicht, macht deutlich, dass insbesondere der Standort Braunsfeld es zugewanderten Familien ermögliche, ihren Kindern Angebote in der Herkunftssprache zu machen. Andere Herkunftssprachen wie Türkisch oder Polnisch würden an einigen Schulen unterrichtet. Lediglich Französisch gebe es nur an dieser Schule. Eltern nähmen lange Wege in Kauf, um ihre Kinder dort zu beschulen. Dadurch habe dieser Standort eine besondere Bedeutung.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Innovative Bildungsangebote der VHS zur Digitalisierung 3683/2019

Bürgermeister Dr. Heinen, SPD-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass die Mitteilung bezüglich VHS viele Potenziale beinhalte. Es handele sich um Zugangskanäle, die in Zukunft gewaltig sein werden. Er fragt nach, ob diese Angebote, insbesondere auch Streamingangebote in der Stadtbibliothek, den Schülerinnen und Schülern bekannt gemacht und diese in den Unterricht eingebaut werden.

Herr Schüller antwortet, dass der Umgang mit Medien sehr wichtig sei. Dazu diene die Vortragsreihe digital corner. Sie beschäftige sich mit unterschiedlichen Aspekten der Digitalisierung. Sie werde von Eltern, Schülern und interessierten Bürgern besucht. Man sei mit der Stadtbibliothek im Austausch und ergänze sich. Die Stadtbibliothek sei ebenfalls stark im Bereich MINT unterwegs. Hier sei zu erwähnen, dass die Lernende Region -Netzwerk Köln e.V. seit sieben Jahren ein anerkanntes MINT Zentrum sei.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.5 VHS als Dienstleister für die Stadtverwaltung: Aktive Mittagspausen sowie Auftragsschulungen für die Personalentwicklung 3697/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.6 Anfrage der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln zum Thema Loverboy (AN/1093/2019) 3501/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.7 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates
Entwicklung des Siemens-Geländes an der Franz-Geuer-Straße
3793/2019**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.8 Veröffentlichung der Handreichungen
„Beschulung im Seiteneinstieg im Primar- und Sek I-Bereich – Eine
Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialar-
beiter“ und
„Beschulung im Seiteneinstieg in der Sekundarstufe II, Berufskolleg –
Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und
Schulsozialarbeiter“
3635/2019**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.9 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr
2019/2020
3354/2019**

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, macht deutlich, dass man die Aspekte hervorheben müsse, warum in manchen Stadtteilen weniger Kinder als im stadtweiten Durchschnitt die OGS-Besuchen. Dies sei zum Teil dem geschuldet, dass Eltern nicht genug darüber wüssten, welche Chancen durch den OGS-Besuch bestehen. Es müssten konkrete Maßnahmen durchgeführt werden, wie man die Nachfrage der Eltern stärken und mehr Plätze schaffen könne.

Frau Irlenbusch, SPD-Fraktion, teilt mit, dass 752 Kinder auf der OGS Warteliste stünden. Die Frage stelle sich, welche Kinder keinen Platz bekommen. Würden hier eher Kinder mit berufstätigen Eltern oder sozial schwache Kinder bevorzugt. In der Mitteilung von Mai 2019 sei benannt, dass es einen Mehrbedarf von 1.500 Plätzen gebe. Sie fragt, wie sich dies erklären lasse, wenn nur 752 Kinder auf der Warteliste stünden.

Frau Gorklo-Blameuser antwortet auf die Frage von Frau Kessing, dass dies eine Frage der Kapazität sei. Man habe in Stadtteilen mit besonderem Jugendhilfebedarf sehr dafür geworben, teils mit der Stadtteilkoordination, dass die Nachfrage steigt. Sie erinnert an die Anfänge, als manche Stadtteile mit 30% Nachfrage am Ende der OGS Kette lagen. Mittlerweile könne der Bedarf in Teilen nicht erfüllt werden. Alleine in Kalk stünden fast 200 Kinder auf der Warteliste. Bevor man weiter für OGS-Plätze werbe, müssten zuerst die entsprechenden Plätze geschaffen werden. Durch den zu erwartenden Rechtsanspruch werde in das Thema mehr Bewegung kommen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, merkt an, dass man sehr kreativ sein müsse in der Zusammenarbeit beispielsweise mit den Bürgerzentren.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.10 Erfolgreiches VHS-Projekt „Stadtteilelern Köln“ zur Integration in den Arbeitsmarkt
3786/2019**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, lobt die Verwaltung für das gute Projekt. In der Mitteilung sei benannt, dass nach dem dritten Projektjahr der Qualifikation gute Voraussetzungen für den Eintritt in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bestehen. Sie stellt die Frage, ob dies Einschätzung der VHS sei oder ob es konkrete Pläne gebe.

Herr Schüller antwortet, dass das Projekt eine Fortführung des Stadtteil-Mütter-Projektes sei. Das Problem sei gewesen, dass am Ende von Ausbildung und Praxiseinsatz kein anerkanntes Berufsbild stand. Daher sehe dieser Ansatz in der dritten Phase eine weitere Qualifizierung auch in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, in der gezielt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden sollen, vor. Das Projekt sei allerdings ESF finanziert, welche nächstes Jahr auslaufe. Die Fortsetzung des Projektes hänge maßgeblich von der Finanzierung ab.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, möchte sich der positiven Einschätzung anschließen und fragt nach, in welchen Berufen die Stadtteilelern auf den Arbeitsmarkt kommen und wie viele von ihnen Väter sind.

Herr Schüller antwortet, dass ein Drittel Väter und zwei Drittel Mütter an dem Projekt teilnehmen. Es gebe kein ausgewiesenes Berufsbild. Es handele sich um Berufe im Umfeld Kita, Schule, OGS oder im unterstützenden Bereich der Jugendhilfe.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.11 Beratung für Familien zum Bildungsangebot in Kita und OGTS insbesondere in den Kölner Sozialräumen
3025/2019**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.12 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des DigitalPakt NRW in Köln
3923/2019**

Frau Riedel, CDU-Fraktion, teilt mit, dass sie vor einiger Zeit angeregt habe, den Ausschuss über die Konzeption zum Digitalpakt zu informieren. In der Mitteilung werde nun benannt, dass im ersten Quartal 2020 abgestimmt werden solle. Da es um viel Geld und zukunftsweisende Konzeptionen für Schulen gehe, wünscht sie vorab eine Beteiligung des Ausschusses, beispielsweise in Form einer Präsentation.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bietet eine Präsentation zu dem Punkt in der Sitzung an. Gegebenenfalls könnte man diesen Termin auch vorab oder in einer vorherigen Sitzung durchführen. Das weitere Verfahren findet in enger Abstimmung und Beteiligungsverfahren mit der Schulaufsicht statt. Mit den Schulen stehe man in ständigem Austausch, um Maßnahmenpakete zu schnüren, die im Anschluss dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, unterstützt die Anregung von Frau Riedel. Sie befürchte am Ende Zeitnot, wenn man erst im Rahmen der Beschlussvorlage diskutiere. Es werde nicht nur eine Digitalstrategie für Köln benötigt, sondern ebenfalls eine Strategie, nach welchem Schlüssel die Schulen bedient werden.

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, merkt an, dass an seiner Schule in allen Klassenräumen Beamer angebracht seien. Dies sei sehr erfolgreich. In jedem Konferenzraum sei ein Beamer Standard, dies müsse auch für Klassenzimmer gelten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.13 Partizipation von Kinder und Jugendlichen stärken - Arbeit der Bezirks-schüler*innenvertretung und der Schüler*innenvertretungen sicherstellen

hier: Antrag gem. § 3 GO des Rates (AN/0040/2017) der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke sowie FDP-Fraktion

2159/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.14 Ratsbeschluss "Schulsozialindex weiterentwickeln und breit anwenden" (TOP 3.1.4 der 49. Sitzung des Rates am 21.05.2019)

3363/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.15 Anmelde- und Aufnahmeverfahren in die weiterführende Schule der Sekundarstufe I (Sek I) zum Schuljahr 2020/2021

3797/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Schulleiterbesetzungsverfahren - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach dem Stand der Dinge zur Schulleiterbesetzung in der Gesamtschule in Rodenkirchen. Hier gebe es Proteste von Seiten der Schüler- und Lehrerschaft.

6.2 Touch Panels in sanierten Gebäuden - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach, warum neue Schulbauten Touch Panels erhalten, sanierte Bauten jedoch nicht. Konkret beziehe sich die Frage auf das Humboldt Gymnasium, welches einen Erweiterungsbau erhalten habe und die A, B und C Trakte saniert wurden.

Herr Gräbener antwortet, dass der Rahmenvertrag für Touch Panels noch nicht abgeschlossen sei. Zunächst seien 2000 Stück im Rahmenvertrag vorgesehen, womit Neubauten ausgestattet würden. Man stehe mit dem Amt für Informationsverarbeitung im Gespräch, um weitere Rahmenverträge zu erhalten.

6.3 Umgang mit Mehrklassen im Verwaltungsbereich - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach, wie die Schulverwaltung mit den Auswirkungen immer vollerer Schulen, beispielsweise durch Mehrklassenbildung, im Bereich der Verwaltung umgehe. Die Frage beziehe sich insbesondere auf Oberstufen- und Mittelstufenkoordinatoren oder Stundenplaner etc. Sie fragt, ob es von der Verwaltung unterstützt werde, wenn die Schulen kreative Lösungen für Raumnutzungen umsetzen, ohne Klassenräume zu nutzen.

Frau Ruffen wird Herrn Gräbener konkrete Beispiele im bilateralen Gespräch benennen.

6.4 Anlaufstelle Antisemitismus - Mündliche Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach, ob die neu eingerichtete Anlaufstelle für Antisemitismus ebenfalls für Lehrer und Schüler geplant sei oder ob für Schulen ein eigenes Projekt aufgelegt werde.

6.5 Mehrklassenbildung GGS Braunsfeld - Mündliche Anfrage von Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt nach, wie sich die räumliche Situation für eine Mehrklasse in der GGS Braunsfeld darstelle.

Frau Gorklo-Blameuser antwortet, dass die Schule als Interimslösung einen Vorschlag innerhalb des Schulgebäudes unterbreitet habe. Erforderliche zusätzliche Ausstattung werde von der Verwaltung beschafft.

6.6 Küchencontainer der Ursula-Kuhr-Hauptschule - Mündliche Anfrage von Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, teilt mit, dass ihm ein Brandbrief vorläge bezüglich des Küchencontainers in der Ursula-Kuhr-Hauptschule, Volkhovener Weg. Der Küchencontainer soll keine Betriebserlaubnis mehr haben. Er fragt die Verwaltung wie der Sachstand sei.

Frau Gorklo-Blameuser teilt mit, dass eine Information an die Schulleitung gelangte, dass die Baugenehmigung des Küchencontainers ausgelaufen sei. Die Nutzung sei jedoch weiterhin erlaubt. Es sind lediglich kleinere Maßnahmen erforderlich, die von der Gebäudewirtschaft bereits eingeleitet worden seien.

6.7 Brandbrief des Montessori Gymnasiums - Mündliche Anfrage von Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, teilt mit, dass er einen Brandbrief des Montessori Gymnasiums, Rochusstraße erhalten habe. Dort beziehe sich die Schule auf die Themen Möblierung, Fahrradständer und den Chemiefachraum-Container.

7 Verschiedenes